



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

P/IX/264 - 22.11.1954

Hinweise auf den Inhalt:

London - Washington und das Saar-Statut	S. 1
Yoshida vor dem Sturz?	S. 3
Das Dilemma der FDP	S. 5
Katholische Bischöfe und die CSU	S. 7
Zu Molotows "Prawda" Interview	S. 8

Fragen an die USA und Großbritannien

sp - Die Deutschen in der Bundesrepublik und an der Saar haben alle Ursache, die Gespräche des französischen Ministerpräsidenten Mendès-France in Washington mit erhöhtem Interesse zu verfolgen. Mendès-France hat deutlich zu erkennen gegeben, dass in seiner Wunschliste an die Vereinten Nationen mit an erster Stelle die amerikanische Garantie des Pariser Saarabkommens steht. Bekanntlich verpflichtet Artikel VIII des Saarstatuts Deutschland und Frankreich, das Statut der Saar bis zum Abschluß eines Friedensvertrages aufrechtzuerhalten und zu garantieren. Weiter bringt Artikel VIII zum Ausdruck, dass die Bundesrepublik und Frankreich die Regierungen Großbritanniens und der USA bitten, die gleiche garantierende Verpflichtung einzugehen.

Mendès-France und die frankophilen Parteien an der Saar haben vor der Amerikareise des französischen Regierungschefs durchblicken lassen, die USA und Großbritannien sollten ihre Garantie so fassen, dass sie das Europäische Saarstatut in seiner vorliegenden Fassung auch in den Friedensvertrag fest einzementiert. Die Deutschen in all' den im Augenblick auseinandergerissenen Teilen Gesamtdeutschlands, aber auch Deutscher Bundestag und die Bundesregierung, müssen daher das größte Interesse an der Klärung folgender Fragen haben:

"Sind die USA (und Großbritannien) tatsächlich bereit, den Präjudizierungs - Wünschen Frankreichs in der Saarfrage nachzugehen?"

Das deutsch-amerikanische Verhältnis dürfte zukünftig entscheidend davon abhängig sein, ob die USA gültige Prinzipien des internationalen Völkerrechts, die Respektierung des gerade immer wieder von den Vereinten Nationen proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker und den geschriebenen Wortlaut von Vertragstexten als Grundlagen ihrer Außenpolitik ansehen. Eine unrechtmäßig erweiterte amerikanisch-englische Garantie für das Saarstatut müsste von den Deutschen als die Hingabe einer wirkungsvollen Waffe der Erpressung gegenüber einer gesamtdeutschen Regierung angesehen werden.

Es wäre nach unserer Ansicht politisch klug, wenn die verantwortlichen deutschen Regierungsstellen Washington die Frage vorlegen würden, ob die amerikanische Außenpolitik auch heute noch hinter einem sehr wichtigen Teil der bekannten Stuttgarter Rede des seinerzeitigen amerikanischen Außenministers Byrnes stehe. Wir meinen jenen Abschnitt der Byrnes-Rede, in dem er am 6.9.46 sagte: "Abgesehen davon werden aber die Vereinigten Staaten ihre Zustimmung nicht dazu geben, dass Gebiete, die unabstreitbar deutsch sind, von Deutschland abgetrennt werden, oder dass Deutschland aufgeteilt wird, es sei denn, dass das deutsche Volk eine solche Teilung in unmissverständlicher Weise selbst wünscht." Voraussetzung einer solchen Frage wäre allerdings, dass die deutsche Regierung selbst noch dahinter steht.

Uns ist nicht bekannt geworden, dass seit jenen 6.9.46 ein massgeblicher amerikanischer Staatsmann offiziell und unmissverständlich von dieser damaligen Festlegung der amerikanischen Haltung gegenüber Gesamtdeutschland abgewichen wäre. Um diese amerikanische Auffassung in ihrer ganzen Bedeutung zu erkennen, muß man ebenfalls den Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung betrachten. Im September 1946 war noch immer die Hohe Zeit des absoluten Siegerstandpunktes. Nicht nur war der Sieg total, sondern auch der Wille und die Möglichkeiten der Siegermächte gegenüber den Besiegten. Wenn also in "jenen Tagen" ein amerikanischer Außenminister in derart betonter und klarer Form bereits die Haltung seines Landes über das zukünftige gesamtdeutsche Staatsgebiet festlegte, wenn weiter diese Festlegung bis zum heutigen Tag nicht aufgehoben wurde, dann dürfte mit Recht daraus zu schlußfolgern sein, dass dieser Teil der Byrnes-Rede noch immer präjudizierend sein müßte auch für eine amerikanische Garantie des neuen Saarstatuts.

Das japanische Menetekel

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Parallelen zwischen Japan und der Bundesrepublik sind schon häufig gezogen worden. Jeder weiß heute, dass es keine Vergleiche gibt, die nicht hinken. Aber das sich ankündigende Gewittergrollen im fernöstlichen Inselreich drängt Vergleiche geradezu auf. In Tokio wie in Bonn scheint es üblich zu sein, dann, wenn der Chef nicht da ist, in der Firma ein wenig Lärm zu schlagen. In der japanischen Hauptstadt hat sich in Abwesenheit des "alten Mannes", der so gern mit Dr. Adenauer verglichen wird, soviel ereignet, dass eine Regierungskrise, ja der Sturz Yoshidas unabwendbar scheint.

Die alten Widersacher des proamerikanischen Yoshida sind wieder am Werk. Hatoyama, einer der prägnantesten Köpfe in der liberalen Regierungspartei Japans, hat zum entscheidenden Schlag ausgeholt. Er, der schon zu der Zeit, da der Tenno noch "göttlicher Kaiser" war an Schalthebel der japanischen Politik sass, will nun wieder zum Steuer des japanischen Regierungsschiffs vordringen. Zwar gehört Hatoyama der Liberalen Partei an, aber es war nie ein Geheimnis, dass er mit Parteiführer Yoshida nicht einig geht. Schließlich ist der Premier auch der einzige Konkurrent Hatoyamas gewesen, als ein Jahr nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs ein Ministerpräsident zu wählen war. Hatoyama wollte die Regierungsgeschäfte übernehmen, aber McArthur, damals noch unfehlbarer als der Tenno in seiner Glanzzeit, legte sein Veto ein. Hatoyama erschien ihm untragbar. So musste sich der Politiker erst der Säuberung unterwerfen, und bis er wieder in die aktive Politik einsteigen konnte, hatte sich Yoshida in der Parteiführung und auf dem Ministerpräsidentensessel eingenistet.

Hatoyama hat schwerwiegende Bedenken gegen den prononciert amerikanischen Kurs seines Parteifreundes Yoshida. Zwar treten beide für die Aufrüstung ein, die inzwischen, trotz des entgegenstehenden Verfassungsparagraphen, Realität geworden ist. Aber damit hat sich die Gemeinsamkeit der politischen Zielsetzung zwischen Premier Yoshida und Hatoyama schon erschöpft. Hatoyama ist für die Verfassungs-

Änderung und für eine offene, forcierte Aufrüstung. Yoshida zieht den Umweg der getarnten Wiederbewaffnung vor und hält darüber hinaus viel von der stufenweisen Remilitarisierung Japans. Dies tut er mit Rücksicht auf die japanische Wirtschaft, die, so glaubt er, ein forsches Aufrüstungstempo nicht durchzuhalten vermag. Im Übrigen will er die Verfassung, eine Muster-Verfassung aus der Umerziehungsaera, so belassen, wie sie ist.

Schon lange wurde offenbar, dass es zwischen Hatoyama und dem Führer der rechtsorientierten Fortschrittspartei, Shigemitsu, mehr Berührungspunkte gibt als zwischen den Parteifreunden Hatoyama und Yoshida. Shigemitsu erging es nach 1945 ähnlich wie Hatoyama. Er war zunächst Kriegsverbrecher und somit aus der Politik ausgeschaltet. Shigemitsu ist es gewesen, der als letzter Kriegsaussenminister des Kaisers auf dem amerikanischen Schlachtschiff "Missouri" die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Als er sich wieder der Politik zuwenden konnte, sagte er dem proamerikanischen Yoshida den Kampf an. Nicht eine einseitige westlich Orientierung war der Leitsatz der Außenpolitik des Fachmannes Shigemitsu, sondern die gute Nachbarschaft zu allen asiatischen Mächten, einschließlich des kommunistischen Chinas. Den Sicherheitsvertrag Japans mit den USA will er revidieren, und zwar soll Amerika auf die ihm zugestandenen Stützpunkte auf japanischem Territorium verzichten. Shigemitsu will also die Bindung zu den USA nicht lösen, aber er will keine Besatzungstruppen, auch dann nicht, wenn sie sich als Schutztruppen und verbündete Streitkräfte deklarieren. So vertritt Shigemitsu im Gegensatz zu Yoshida eine völlig unabhängige, eine ausgesprochen asiatische Außenpolitik, die die kommunistische Realität anzuerkennen gewillt ist.

Shigemitsu von der oppositionellen Fortschrittspartei und Hatoyama der verhinderte Premier der Liberalen Regierungspartei, haben sich nun gefunden. Ihr gemeinsamer Gegner ist Yoshida. Seiner proamerikanischen Politik haben sie den Kampf angesagt, und mit ihnen gehen nicht nur die Männer der rechten Fortschrittspartei, sondern mindestens 30 liberale "Rebellen", die dem Premier nicht mehr Gefolgschaft leisten wollen. Es mag eine Rolle dabei spielen, dass Yoshida sich immer durch eine Mißachtung des Parlaments auszeichnete - auch hier gibt es eine deutsche Parallele - und sich einmal weigerte, vor einem Parlamentsausschuss zu erscheinen, Tatsache ist jedenfalls, dass Yoshidas Thron bedenklich wackelt. Nur ein Wunder kann ihn retten.

Opposition ist unteilbar

k. - Zum ersten Mal in der fünfjährigen Geschichte der beiden Kabinette Adenauer ist der sonst so strikt eingehaltene Grundsatz durchbrochen worden, der deutschen Öffentlichkeit keine Mitteilungen über das zahlenmäßige Ergebnis einer Abstimmung im Kabinett zu geben. Nach der Kabinetts-Entscheidung über die Ratifizierungsgesetze zu den Pariser Militärverträgen und zum deutsch-französischen Saar-Abkommen verlautete, dass die vier FDP-Bundesminister und der CDU-Minister Kaiser gegen das Saar-Abkommen in seiner heutigen Form gestimmt haben, während die beiden BHE-Minister und die beiden DP-Minister ihre Zustimmung nur unter konkreten Vorbehalten einer eindeutigen Klärung gewisser Zweifelsfragen erteilten. Dagegen haben aber sämtliche Bundesminister aller Koalitionsparteien den Pariser Militär-Verträgen rückhaltslos zugestimmt.

Dieses Abstimmungsergebnis über das Saarabkommen ist für den Bundeskanzler zweiflos eine äußerst peinliche Angelegenheit. Einmal wird damit in einem entscheidenden Zeitpunkt die Uneinigkeit der Koalition in aller Öffentlichkeit demonstriert, was die an sich schon absinkende Popularität Adenauers noch weiter herabdrücken muß. Zum andern aber wird Adenauer sich nunmehr bemühen müssen, tatsächlich einen Versuch zur Ausräumung der Bedenken der kleinen Koalitions-Parteien zu unternehmen, wenn er nicht Gefahr laufen will, bei der Abstimmung im Bundestag eine Niederlage zu erleiden. Diese Gefahr besteht, denn es dürfte inzwischen Klarheit darüber sein, dass das Parlament dem Saar-Abkommen mit einer zwei-Drittel-Mehrheit zustimmen müßte.

Unter der Voraussetzung, dass die Bedenken der FDP und auch der beiden anderen kleinen Koalitionspartner gegen das Saar-Abkommen ernsthaft sind, wird Adenauer also notgedrungen versuchen müssen, in Verhandlungen mit der französischen Regierung zumindest solche Auslegungen des Abkommens zu erzielen, die tatsächlich als eine Antwort auf die Fragen der Bonner Koalitions-"Rebellen" gewertet werden können. Die Chancen Adenauers für einen wirklichen Erfolg sind aber angesichts der Haltung des französischen Premiers Mendès-France praktisch gleich null. Noch am 17. November hat Mendès-France in Ottawa erklärt,

22.11.1954

dass die Vorbedingung für Frankreichs Willen zu einer deutsch-französischen Versöhnung und Zusammenarbeit "die" Saarlösung sei, die auf der Pariser Konferenz erarbeitet wurde, Außerdem hat der Quai d'Orsay bereits offiziell erklären lassen, dass es für Frankreich keine Auslegungen oder Zusatzprotokolle geben kann. Paris sieht also die Unterschrift Adenauers als bindend für die in Paris formulierte Saarlösung an.

Das zweite Faktum ist die enge und unauflösbare Bindung, die Frankreich für den Komplex Militärverträge-Saarabkommen postuliert hat. Mit der Zustimmung oder Nichtzustimmung des Bonner Parlaments zum Saar-Abkommen steht und fällt für Frankreich auch die Zustimmung zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Das ist ein kaltes und nüchternes: Entweder-Oder. Für den Bundeskanzler ist diese Frage im Sinne der Militärverträge längst entschieden. Das Wort des Kanzlers gilt zugleich für die CDU/CSU und es dürfte heute schon auch für den treuesten Koalitionspartner, die Deutsche Partei, Geltung haben.

Die Position der FDP ist schwach. Ihr "Nein" zum Saarabkommen hängt in der Luft, wenn sie "Ja" zu den Militär-Verträgen sagt. Dazu kommt, dass bei den unabsehbaren negativen Folgen der Militär-Verträge für eine aktive und friedliche Wiedervereinigungspolitik eine Opposition allein gegen das Saarabkommen im Endeffekt nichts anderes als eine Flucht vor dem eigenen Gewissen in die Agitation sein kann. Die Opposition gegen den Vertrags-Komplex von Paris ist unteilbar, wenn sie ehrlich ist und wenn sie aufrichtig sowohl der deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit als auch der Entspannung, der Befriedung und der Sicherheit in Europa und in der Welt dienen will. Am Tage nach den Landtagswahlen von Bayern, Hessen und Berlin schlägt für die FDP die Stunde der Entscheidung und der Bewährung. Diese Stunde kommt nicht wieder.

+

+

+

- 7 -

Unchristliches Bayern?

H.Ff. München

Unter dem Deckmantel, alle Gläubigen aufzurufen, ihren "staatsbürgerlichen und christlichen Pflichten" zu genügen und am 23. November zur Wahl zu gehen, haben die bayerischen katholischen Bischöfe einen "Hirtenbrief" erlassen, der von allen Kanzeln am Sonntag, dem 21. November im Rahmen des Gottesdienstes vorlesen wurde. Dieser Hirtenbrief ist eine so einseitige Wahlhilfe für die CSU, wie sie bisher von der katholischen Kirche in Bayern nach 1945 noch nicht erfolgt ist. Den liberalen und sozialistischen Parteien wird vorgeworfen, dass sie die "wahre christliche Auffassung von der Schule" ablehnten und das Elternrecht "unterdrückten". Es heisst in dem "Hirtenbrief" an anderer Stelle: "Lasst Euch nicht irre machen, wenn man von der christlichen Gemeinschaftsschule spricht". Ein ungläubiger Lehrer könne leicht mehr zerstören, als in zwei Religionsstunden aufgebaut werde.

Mit diesem Hirtenbrief benützt der katholische Klerus wieder einmal die Kanzel, um die Menschen, die Gottes Wort hören wollen, auf die politischen Wahlen festzulegen. Die Kinder sollen getrennt voneinander erzogen werden, als hätten sie ansteckende Krankheiten. Dann aber dürfen sie gemeinsam in den gleichen Kasernen "dienen" und später müssen sie als Männer ohne Trennung in Konfessionen ihr Leben dem Vaterland geben. Und die, die diesen Widerspruch nicht verstehen, versucht man durch das "Hirtenwort" zu binden. Sicher wäre auch die katholische Kirche in Bayern besser beraten gewesen, wenn sie sich die gleiche Zurückhaltung auferlegt hätte, die auch die evangelische Kirche in Bayern gelbt hat.

Schon seit Wochen leistet die katholische Kirche der CSU in ihren Publikationen intensive Wahlhilfe. So bringt das "Klerusblatt", das Organ der Diözesan-Priestervereine Bayerns in seiner Nummer 22 zwei umfangreiche Beilagen, in denen für die CSU geworben wird und die mit dem Aufruf schliessen: "Darum wählt CSU". Das Passauer Bistumsblatt schreibt nur schlecht verhüllt: "Darum: Wählt alle - wählt christlich, wählt einig!" Man hat noch nicht gewagt zu sagen wählt "Union", sondern wählt "einig". Wie das zu deuten ist, wird der Pfarrer dann schon in seinen Wahlanweisungen klarstellen. Das sind nur ein paar Beispiele aus der Fülle des Materials, mit dem katholische Stellen offen für eine Wahl

der CSU eingetreten sind.

Merkt denn der katholische Klerus nicht, wie er sich an seiner eigentlichen Aufgabe versündigt? Bei der letzten Landtagswahl haben sich nur ein reichliches Viertel der Wähler in Bayern für die CSU entschieden. Will denn diese politisierende Kirche im Ernst behaupten, dass Dreiviertel der bayerischen Bevölkerung Abtrünnige der Kirche sind?

+ + +

Die Warnung Molotows

sn. Der sowjetische Ausserminister Molotow hat in einem Interview in der "Prawda" seine Bereitschaft ausgesprochen, die von ihm für den 29. November vorgeschlagene europäische Sicherheitskonferenz zu einem späteren Zeitpunkt abhalten zu lassen, wenn die Westmächte ihrerseits die Ratifizierung der Pariser Verträge verschieben. Die Antwort der westlichen Hauptstädte, Bonn wiederum an der Spitze, war ein einhelliges "Nein". Die Westmächte wollen sich um keinen Preis von ihrem Vorhaben abbringen lassen, die Bundesrepublik zunächst auch militärisch in ihr Verteidigungssystem einzugliedern, ehe sie sich mit den Sowjetrussen an den Verhandlungstisch setzen. Damit aber werde, sagte Molotow mit unüberhörbaren Unterton, in Europa eine neue Lage geschaffen, die eine Verstärkung der Kriegsgefahr bedeute.

Sicherlich ist auch Molotow von einem Erfolg seines neuerlichen Drängens nach einer Vier-Mächte-Konferenz nicht mehr ganz überzeugt. Dazu sind die Vorstellungen der Deutschlandpolitik der Westalliierten zu oft und zu deutlich formuliert worden. Bei der Ratifizierungsdebatte im britischen Unterhaus wurde gesagt, der Westen könnte nur in eine Einigung Deutschlands einwilligen, wenn Gesamtdeutschland ähnliche Verpflichtungen eingehen würde, wie sie in den mit der Bundesrepublik abgeschlossenen Deutschlandverträgen enthalten sind. Das sind Forderungen, wie sie der Sowjetunion nur nach einem verlorenen Krieg aufgenötigt werden könnten.

Die Konsequenzen der starren westlichen Ablehnung einer Vierer-Konferenz vor dem Inkrafttreten der Pariser und Londoner Abmachungen werden nicht ausbleiben. Auch das ist sowohl in der letzte Russen-Note als auch in der Erläuterung, die Molotow in der "Prawda" gab, schon angekündigt worden. Der Ostblock sieht in der unter amerikanischen Vorzeichen zu erfolgenden westdeutschen Wiederbewaffnung eine Bedrohung seiner eigenen Existenz, der er mit der Straffung seiner gesamten militärischen Potenzen begegnen wird. Der sowjetisch besetzten Zone wird darin als exponiertem Faktor im östlichen Sicherheitssystem eine besondere Rolle zukommen. Künftige Verhandlungen werden dann nicht mehr der Wiedervereinigung Deutschlands gelten, sondern der Abgrenzung von Machtspähren. Dies scheint auch das, wenn auch nicht offen ausgesprochen, Ziel der Westmächte zu sein. Aber schon heute ist das Bestreben der Sowjetunion ersichtlich, die Verantwortung für die Folgen, die sich aus der dauernden Spaltung Deutschlands ergeben müssen, dem Westen zuzuschreiben. Die Einseitigkeit der westlichen Deutschlandpolitik macht es den Sowjets allerdings allzu leicht, sich jetzt und in der Zukunft als die Protektoren der deutschen Einheit aufzuspielen.